



\*\*\* Es gilt das gesprochene Wort \*\*\*

19. September 2011

### „DIE ZUKUNFT DER INDUSTRIELLEN PRODUKTION“

**ICOSPA KONGRESS  
19. SEPTEMBER 2011, AACHEN**

**JÜRGEN R. THUMANN  
PRÄSIDENT, BUSINESSEUROPE**

Sehr geehrte Präsidenten und Hauptgeschäftsführer.  
Liebe Mitglieder der blechumformenden Industrie.

Über Ihre Einladung habe ich mich gleich mehrfach gefreut!

Ich verbinde mit der Stadt Aachen grundsätzlich etwas Angenehmes. Das hat mit meinem Hobby, der Reiterei, zu tun. Jährlich findet hier das Weltfest des Pferdesports statt, CHIO. Eines der bedeutendsten Pferdeturniere weltweit, wo ich schon viele besondere Leistungen bewundert habe. Auch ich selbst durfte schon an den Start gehen – eine große Auszeichnung für jeden Reiter.

Ich habe mich auch deswegen über Ihre Einladung gefreut, weil meine andere Passion nun mal dem „Stahl“ gilt. Meine eigene Unternehmensgruppe ist aktiv in der blechumformenden Industrie und in den ICOSPA - Verbänden. Und dieser Kongress bietet mir - wie Ihnen - eine vorzügliche Gelegenheit Partner und Wettbewerber aus aller Welt zu begegnen.

Und ich freue mich, weil ich es vielen von Ihnen zu verdanken habe, hier zu stehen, als Präsident von BUSINESSEUROPE. Sie haben mir immer Ihr Vertrauen geschenkt. Dafür danke ich Ihnen – es ist mir eine Ehre und ein Auftrag zugleich!

Sehr geehrte Damen und Herren, die Tragweite der Entscheidungen aus Brüssel ist insbesondere in diesen Tagen zu spüren.

Für uns mittelständische Unternehmer ist es wichtig, unseren Interessen politisches Gehör zu verschaffen. BUSINESSEUROPE **macht** das in Brüssel. Mit 41 Mitgliedsverbänden aus 34 Ländern vertritt BUSINESSEUROPE kraftvoll die Interessen von über 20 Millionen Unternehmen - großen, mittleren und kleinen.

Sie hatten mich gebeten, zur Zukunft der industriellen Produktion zu sprechen. Das mache ich gerne.



Ich glaube an diese Zukunft – und setze mich täglich für die richtigen Rahmenbedingungen ein.

Aber... ich fange an mit dem Thema das uns allen beschäftigt: die globale konjunkturelle Lage.

Wir haben noch immer mit den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu kämpfen. Das Misstrauen an den Finanzmärkten ist wieder gestiegen. Und die konjunkturelle Stimmung trübt sich in den Industrieländern zunehmend ein:

- Die US-Regierung senkte ihre Wachstumsprognose für dieses Jahr auf 1,7%.
- Japan kämpft mit den Folgen der Natur-katastrophe und geht von einem halben Prozentpunkt Wachstum aus.
- Für den Euro-Raum betragen die Wachstumsaussichten zur Zeit knapp 2%.

Die Schwellenländer dagegen sollen durchschnittlich um 6,5% wachsen. Damit tragen diese Länder zunehmend das weltwirtschaftliche Wachstum.

Das schwache Wachstum in den Industrieländern, hat eine gemeinsame Ursache: **Schulden. Gigantische** Staatsschulden.

Die Schuldenquote Japans gemessen am Bruttoinlandsprodukt beträgt über 200%.

Der US-Schuldenberg häuft sich auf über 100% an.

Das europäische Schuldengebirge liegt im Durchschnitt etwas niedriger – bei rund 90%. Aber die großen Höhenunterschiede untereinander stellen uns vor eine gefährliche Gradwanderung.

Hohe Schulden sind das eine Problem.

Das andere: Fehlendes Vertrauen.

Es fehlt das Vertrauen der Märkte in den Willen der Politik, die Schulden abzutragen.

Es fehlt das Vertrauen, dass auf **politischen** Worten, **handfeste** Taten folgen.

In Japan wurde vor wenigen Wochen der sechste Ministerpräsident in nur 5 Jahren gewählt.

In den USA konnte Anfang August nur in letzter Minute ein Kompromiss zur Anhebung der Schuldenobergrenze erzielt werden.

Und in Europa? In Europa erkennen die Regierungen erst jetzt, dass wir nicht eine gemeinsame Währung haben können und gleichzeitig jeden machen lassen wie er will!

Wer aber die Währungsunion auflösen oder einzelne Mitgliedsstaaten ausschließen möchte, der schüttet das Kind mit dem Bade aus.



Nicht alle von Ihnen mögen hier mit mir übereinstimmen. Umso mehr hoffe ich Sie, von der Richtigkeit der europäischen Währungsunion überzeugen zu können.

Den Wert eines Pferdes, meine Damen und Herren, erkennt man erst auf einem langen Weg.

Es ist schlichtweg utopisch zu glauben, dass auch nur ein einziges europäisches Land zukünftig allein im globalen Wettbewerb bestehen kann.

Die Eurozone umfasst mit 330 Millionen Einwohner etwas mehr als die USA. Indien hat 1,2 Billionen Einwohner. China 1,4 Billionen.

Der Euro hat Europa gestärkt.

- Er ist Pfeiler erhöhter internationaler Wettbewerbsfähigkeit und eines starken gemeinsamen Marktes.
- Fast 9 Millionen neue Arbeitsplätze sind seit seiner Einführung entstanden.
- Das deutsche Bruttozialprodukt würde ohne den Euro heute 10% niedriger liegen!

Umso mehr betrübt mich, dass gerade in Deutschland so viele Menschen den Euro und unsere gemeinsame Zukunft in Europa in Frage stellen. Ohne Zweifel, diszipliniert hat Deutschland in den vergangenen Jahren Strukturreformen in Angriff genommen. Die Früchte einer höheren Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit ernten wir noch immer.

Die Ernte wurde durch Abwertungen anderer Euro-Länder nicht weniger. Und vergessen wir nicht, bei den bisherigen Finanzausgaben handelt es sich überwiegend um **Garantien**. Geld ist bisher wenig geflossen. Die Chancen, dass es dabei **bleibt**, bestehen aber nur, wenn es gelingt die Währungsunion als **Ganzes** zu verteidigen. Ja, selbst von der aktuellen Misere profitiert der deutsche Staat im Moment noch. Der Ansturm auf deutsche Staatsanleihen beschert historisch niedrige Zinsen und damit Milliarden an konkreten Entlastungen.

Wer so viel profitiert, meine Damen und Herren, darf, ja **muss** sich auch großzügig zeigen können! Kurzfristig gilt es, den von der Verschuldungskrise betroffenen Mitgliedsstaaten weiter finanziell zu helfen. Um ihnen Zeit zu verschaffen, damit sie notwendige Strukturreformen durchsetzen können. Und diese gilt es dann ohne wenn und aber einzufordern und nachzuhalten. Solidarität ohne Verantwortung auf der Gegenseite kann es nicht geben!

Gleichzeitig ist es absolut wichtig, die halbherzige wirtschaftspolitische Koordination der europäischen Währungsunion zu beheben:

- Die Verankerung einer Schuldenbremse in den nationalen Verfassungen ist ein positiver Ansatz.
- Der Beschluss zur Straffung des europäischen Stabilitäts- und Wirtschaftspakts, der sog. Six-Pack, ist ebenfalls richtig. Aber er muss rascher umgesetzt werden. Sanktionen gegen Verstöße müssen so frühzeitig und so automatisch wie möglich



greifen – je weniger politischer Verhandlungsspielraum besteht, desto effektiver wird dieser Mechanismus wirken.

- Daneben begrüßt BUSINESSEUROPE die Einigung auf den sog. Euro-Plus Pakt zur Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit.

Der Schlüssel für eine erfolgreiche Haushaltskonsolidierung, - sei es in Europa, den USA oder Japan - liegt in der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit! Nur wettbewerbsfähige Volkswirtschaften generieren Wachstum um Schulden abzutragen.

Dabei bin ich überzeugt, dass eine gesunde und kräftige Industrie, Keimzelle nachhaltiger Wettbewerbsfähigkeit ist.

„The German Miracle“ ist ganz wesentlich auf die Stärke der deutschen Industrie zurückzuführen. Fast ein Viertel, 25%, der gesamten Wertschöpfung erwirtschaftet sie.

In Japan sind es 20%. Die Niederlande treffen mit 18% den europäischen Durchschnitt. Großbritannien liegt darunter mit 16%. In Frankreich erwirtschaftet die Industrie nur 12%. Auch in den USA liegt der Anteil der industriellen Produktion nur noch bei 16%. Wenn wir eines aus der Krise gelernt haben, dann doch bitte, dass eine Internet-, Dienstleistungs- und Finanzwirtschaft nur auf **realen** Werten basieren kann. Eine **virtuelle** Ökonomie schafft keinen Wohlstand. Sie schafft vor allem heiße Luft.

Der ein oder andere vermag mit dieser einen Ballon zu füllen - und sich beim Weiterreichen eine goldene Nase zu verdienen. Aber früher oder später knallt es!

Nur auf einem starken industriellen Fundament können Finanz- und Dienstleistungen prosperieren. Daher muss Wirtschaftspolitik im Grundsatz **Industriepolitik** sein.

Hier meine ich keinesfalls eine interventionistische, staatlich gelenkte Industriepolitik. Die ist immer zum Scheitern verurteilt. Das ist wissenschaftlich belegt.

Nein, was ich verfechte ist eine **marktwirtschaftliche** Industriepolitik.

Eine **marktwirtschaftliche** Industriepolitik in der die Politik sich darauf begrenzt die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Innerhalb dieser Rahmenbedingungen muss die Gestaltung des Wachstums den Unternehmen frei überlassen werden. Denn **sie** – und eben nicht die Politik - erzeugen es schlussendlich.

Wohlfördernde Politik muss deshalb immer von der Frage geleitet werden: Wie verbessern wir die Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Produktion?

Wenn die Politik wirklich die Industrie sichern will, dann muss sie jetzt **handeln**.

Drei Themen, wo dringender Handlungsbedarf besteht:

- Die Verfügbarkeit von Fachkräften.



- Die Förderung von Innovationen.
- Eine nachhaltige Rohstoffversorgung.

Bleib ich sofort beim Thema Rohstoffe.

Starke Preissteigerungen und akute Versorgungsengpässe führen weltweit zu protektionistischen Maßnahmen. Bei sog. seltenen Erden aber auch bei Massenrohstoffen wie Eisenerz und Koks. Herr Dr. Denecke-Arnold, ich bin ganz gespannt, was Sie uns gleich darüber erzählen.

Sowohl in bilateralen Abkommen als auch in globalen Foren wie der G20, müssen wir Lösungen zur Behebung dieses Konfliktes zwischen rohstoffreichen Ländern und Industrieländern höhere Bedeutung zumessen! Auch eine Verbesserung der WTO Regeln erachte ich als notwendig. Mengenmäßige Ausfuhr-beschränkungen und Exportzölle sollten untersagt werden.

Neben ausreichende und preisgünstige Rohstoffe ist unsere Branche auf sichere, bezahlbare und klimagerechte **Energie** angewiesen.

Nach der Jahrhundert-, vielleicht sogar Jahrtausendkatastrophe in Fukushima, ist es richtig innezuhalten. Um mit unseren Freunden in Japan zu trauern. Und zu überdenken, was dies für das gesellschaft-liche Verhältnis zu Technik und Risiko bedeutet. Aber eine solche Abwägung sollte nicht auf Grundlage kurzfristiger Emotionen basieren, sondern immer auf **Fakten**.

Während die USA weiter auf Kernenergie, und Japan auf einen besonnen langfristigen Umstieg setzen, hat Deutschland den kurzfristigen Ausstieg bereits beschlossen.

Die Regierung verschweigt dabei die vollen Kosten dieser Entscheidung.

Konsequenzen sind höhere Stromkosten, das ist klar. Aber auch der Verlust von Arbeitsplätzen! Gerade auch in der blechumformenden Industrie.

Berlin erweist mit seiner einsamen Entscheidung nicht nur der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands einen Bärendienst, sondern Europa.

Die Entscheidung gefährdet die europäische Versorgungssicherheit. Innerhalb kürzester Zeit wird Deutschland vom Stromexporteur zum -importeur.

Und das Weniger an Kernenergie muss zunächst durch ein Mehr an fossiler Energie ersetzt werden.

Damit steigen der Bedarf und die Kosten an europäischen Emissionshandelszertifikaten. Das trifft die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie schwer. Das wiederum wird zur Abwanderung der Industrie führen... ganz zu schweigen von den Folgen für den weltweiten Klimawandel



Diese Politik ist unzuverlässig! Diese Politik schafft kein Vertrauen! Diese Politik schwächt Unternehmen und Arbeitsplätze.

Von der Energie- und Rohstoffpolitik zum Thema Innovationen.

Eine jährliche Analyse der EU-Kommission, das „Innovation Scoreboard“, untersucht, wie es um die Innovationsfähigkeit bestellt ist.

Die Analyse bestätigt den Rückstand Europas gegenüber den USA und Japan. Ein Paar Zahlen.

- Während Europa 1,8% seines Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investiert, investieren die USA 2,7%, Japan sogar 3%.
- Bei den weltweit erteilten Patenten liegen die USA mit 35% vorn. Japan folgt mit 18%. Europa kommt auf 16%.
- Der Anteil der 25 - 64 jährigen mit Hochschulabschluss liegt sowohl in den USA als auch in Japan bei rund 40%. In Europa dagegen nur bei 23%.

Die Analyse zeigt weiter, dass die BRIC Staaten sich den Industriestaaten nähern. Als Präsident von BUSINESSEUROPE könnte ich Ihnen eine lange Liste an Hausaufgaben für Europa aufzählen. Stattdessen gehe ich lieber auf einen Punkt ein, an dem die Regierungen aller hier Anwesenden gemeinsam arbeiten sollten.

Und das ist: Die engere Vernetzung unserer nationalen Forschungs- und Entwicklungspolitiken und der Abbau von unterschiedlichen Regularien.

Gerade für uns Mittelständler sind unterschiedliche Standards und Normen erhebliche Marktzugangsbarrieren. Eine Angleichung würde die Wirtschaftskraft aller Beteiligten sehr stärken.

Ein solches Vorgehen würde auch die Bildung eines globalen ordnungspolitischen Verständnisses von Industriepolitik fördern. So dass wir hinarbeiten können, auf ein globales Verständnis in Bezug auf den Schutz geistigen Eigentums, der Investitionsfreiheit und den freien Wettbewerb.

Wir alle, ob Industrie- oder Schwellenländer, brauchen auf den Weltmärkten ein Level Playing Field. Nur so werden wir die besten Produkte und Technologien finden, um die wirklich großen globalen Herausforderungen wie Klima- oder demografischer Wandel zu bewältigen.

Damit zu meinem letzten Punkt. Der demografische Wandel.

Der trifft die USA aufgrund ihrer aktiven Einwanderungspolitik etwas weniger hart als Japan oder Europa. Innerhalb Europas bestehen große Unterschiede.

Unter dem Blickwinkel des demografischen Wandels relativiert sich z.B. die spanische Schuldenkrise beträchtlich. Sobald es Spanien gelingt durch Strukturreformen sein Wachstum zurückzugewinnen, verfügt es über das Potential an jungen Menschen, um



seine Schulden abzutragen. Deutschlands Schulden lasten dagegen zunehmend auf immer weniger Schultern. Auch hier zeigt sich, Deutschlands Zukunft kann nur **in** Europa, nicht abseits von Europa liegen!

Allerdings wird ein ausreichendes Maß an Fachkräften nicht nur über die Menge, sondern vor allem auch über die **Qualität** bestimmt.

Werfen wir einen Blick auf die OECD Pisa Studie, dem Vergleich der Leistungsfähigkeit nationaler Bildungssysteme. Der zeigt, dass in den für unsere Branche so wichtigen MINT Fächern – Mathematik, Ingenieur- und Naturwissenschaften sowie Technik – Japan überdurchschnittlich punktet. Die USA liegen im OECD Durchschnitt. Und Europa ist grob gesprochen drei geteilt:

- ein Drittel schneidet überdurchschnittlich ab,
- ein Drittel durchschnittlich
- und das letzte Drittel unterdurchschnittlich.

Wir tun daher gut daran trotz Sparzwängen zusätzliche Investitionen in das Bildungswesen freizusetzen. Wer hier den Rotstift ansetzt, setzt unseren zukünftigen Wohlstand aufs Spiel.

Aber auch wir Unternehmer tragen eine Verantwortung. Ein jeder von uns kann dazu beitragen, dem Fachkräftemangel entgegenzutreten:

- Wir müssen junge Menschen begeistern für Technik und Innovationen, insbesondere auch Frauen
- und an einer verbesserten Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben arbeiten.
- Und aus unserer eigenen Biografie wissen wir: Erfolg basiert immer auf dem Prinzip „fordern und fördern“. Deshalb bitte ich Sie, investieren Sie weiter in die betriebliche Aus- und Weiterbildung! Wir tun uns selbst einen großen Gefallen.

Mein sehr geehrten Damen und Herren, im Pferdesport heißt es auch: „Ein Reiter sieht immer den Himmel“.

Ein Reiter sieht immer den Himmel –und so sehe ich auch die Zukunft der industriellen Produktion positiv. Ich glaube an sie. An die stete Innovationskraft der Industrie und ihrer Unternehmer. Gleichzeitig ist der Himmel für die industrielle Produktion nicht ganz ungetrübt. Ich habe einige der Wolken geschildert, die es zu vertreiben gilt!

Ich werbe darum, dass auch wir als Unternehmer uns – wo es nur geht – einsetzen. Einsetzen für die richtigen Rahmenbedingungen. Für einen klaren Himmel mit guten Perspektiven, zum Wohl unserer Gesellschaft.

Und wenn ich nun noch einmal vom Horizont auf unseren Kontinent blicke, so hoffe ich, dass Europa die Krise nutzt, den europäischen Integrationsprozess zu beschleunigen. Und dies in enger Partnerschaft mit unseren Freunden und Partnern in der Welt.